



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

WAS IST DIE WICHTIGSTE BOTSCHAFT DER SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE?

Menschenrecht auf direkte Demokratie

Es ist ein buntes Grüppchen, das sich gegen die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie zusammenballt: Da sind die Berner Nichtumsetzer der Masseneinwanderungsinitiative. Da gibt es die Managerverbände, die seit der Abzockerinitiative auf Kriegsfuss stehen mit der direkten Demokratie.



Roger Köppel
Nationalrat SVP
Küsnacht

Und natürlich ist da auch die aus dem Ausland gepushte Operation Libero, zusammengesetzt aus den Söhnen und Töchtern freisinniger Eltern, die sich nicht getrauen, ihren Eltern zu sagen, dass sie links sind. Vorsitzende ist Flavia Kleiner, die im internationalen Netzwerk des amerikanischen Links-Milliardärs George Soros mitschwimmt.

Dieses von den Konzernen massiv gesponserte Kartell behauptet zwar, es trete für die Interessen und für unsere auch so wunderbare direkte Demokra-

tie ein. Aber wenn sie etwas hinter den Zuckerguss, hinter die Fototapete der ihnen wohlgesinnten Mainstream-Medien schauen, dann erkennen sie, was diesen Verein der Selbstbestimmungsgegner wirklich im Innersten verbindet und zusammenhält: Es ist eine tiefe Volksverachtung!

Ja, eine Verachtung, eine Geringschätzung des schweizerischen Souveräns. Ich behaupte das nicht einfach ins Blaue hinaus. Ich höre zu, was sie sagen, und schaue mir an, was sie machen. Ich sehe zum Beispiel ihre gewaltige neue, Hunderttausende von Franken kostende Plakatkampagne an, mit der sie aktuell die Schweiz zupflastern. Wer hat die eigentlich bezahlt? Die Konzerne auf Kosten der Aktionäre? Die Manager mit Geld, das ihnen nicht gehört?

Schauen wir die Plakate an: Sie zeigen eine Kreissäge. Die Kreissäge fräst durchs Bild und versägt die Menschenrechte. Sie versägt Frauenrechte, Kinderrechte, Behindertenrechte. Das alles passiert, so stellen es die Selbstbestimmungsgegner dar, wenn das Volk ja sagt zur Selbstbestimmungsinitiative, wenn das Volk Ja sagt zu Volksentscheiden und zur direkten Demokratie.

Kreissägenmassaker und Nazi-Diktatur

Ich frage Sie: Welches Bild des Schweizervolks, welches Bild unserer Demokratie zeichnen diese Volksverächter? Sie zeichnen folgendes Bild:

Wenn man die Schweizer einfach abstimmen lässt, wenn man ihre Volksentscheide umsetzt, wenn man die direkte Demokratie in der Schweiz zulässt, wenn die Schweizer selber bestimmen in diesem Land, dann gibt es ein Massaker, ein Kreissägenmassaker. Dann geht es gegen Frauen, Kinder und Minderheiten. Und die Manager doppelten nach: Wenn man die Schweizer selber bestimmen lässt, dann geht der Wohlstand kaputt.

Noch schriller polemisierte in der täglichen Talk-Sendung von Telezüri der Zürcher FDP-Nationalrat Hanspeter Portmann. Er argumentierte, dass bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative in der Schweiz eine regelrechte Nazi-Diktatur ausbrechen könnte. Portmann wörtlich: «Gehen wir in der Geschichte zurück, hatten wir ein Nachbarland, da schrien die Leute: Heim ins Reich. (...) Ich will nicht Tür und Tor öffnen, dass wir mit der Selbstbestimmungsinitiative die Menschenrechte in der Schweiz abschaffen könnten.»

Gegen die reissende Bestie Volk, so Portmann, helfen nur internationale Regeln und internationale Richter. Den Schweizern an sich sei nicht zu trauen, ihrer Verfassung allein schon gar nicht. Erst das hochwohlweise Wirken inter-

nationaler Gerichtshöfe und weitsichtiger Politiker, zu denen er sich selber zählt, sichere den Rechtsstaat gegen den Mongolensturm des Volks.

Mit solchen Sprüchen und mit solchen Plakaten machen die Selbstbestimmungsgegner vor allem etwas deutlich: Von der direkten Demokratie halten sie rein gar nichts und vom Volk noch weniger.

Das Volk als solides Bollwerk

Wer den Schweizern zutraut, dass sie ihr Stimmrecht für die Unterdrückung von Frauen und Minderheiten missbrauchen; wer behauptet, die Schweizer würden, wenn man sie denn liesse, eine Nazi-Diktatur einführen: Wer so etwas sagt, handelt nur folgerichtig, wenn er den Bürgern das Stimmrecht entreisst und die direkte Demokratie beseitigt.

Womit wir beim eigentlichen Thema, womit wir beim Kern wären: Die Selbstbestimmungsinitiative zielt präzise gegen diese Volksverächter und Demokratieabschaffer, gegen die Portmanns und Liberos, gegen jene Kreise im Land, die sich über Volksentscheide erhaben fühlen, die der Meinung sind, dass man das Volk, den Souverän, in ein Zuchthaus von internationalen Vorschriften und Regulierungen sperren soll, damit das Volk nichts, die politische Klasse aber alles zu sagen hat.

Menschenrechte, Freiheitsrechte, Nazi-Gräueltaten: Die Volksbeleidigungen sind vorgeschoben. Portmann und Konsorten wissen, müssen wissen, dass in der Schweiz seit 170 Jahren das Volk, die Bürger, die Stimmberechtigten das solide Bollwerk der Menschenrechte gegen Verbrecher und Diktatoren sind.

Mit einem Federstrich entmachtet

Es war das Volk, das in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts eine Totalrevision der Bundesverfassung in Richtung eines autoritären Staats ablehnte. Es war das Volk, das gegen den Willen von Bundesrat und einer Parlamentsmehrheit das Vollmachtenregime des Weltkriegs beendete und die Rückkehr zur direkten Demokratie durchsetzte.

Es ist verrückt, im Namen der Menschenrechte die Schweizer Bürger zu entrechten. Unsere Staatsgründer wussten: Politiker, Richter können gegen die Interessen der Bürger handeln. Deshalb sahen sie die Bürger als bessere Hüter ihrer Menschenrechte. Frühere Generationen opferten ihr Leben für die Freiheit. Portmann traut den Freiheitschutz den Schweizern nicht mehr zu.

Es war ein revolutionärer Umsturz von oben, ein Bruch mit einer jahrhundertalten Rechtspraxis: Vor sechs Jahren stellten fünf Bundesrichter in Lausanne das internationale Recht «generell» über das Landesrecht. Nicht mehr Volksentscheide und die Bundesverfassung sollten zuoberst stehen, sondern das internationale Recht. Die Bürger? Mit einem Federstrich entmachtet.

Der Entscheid war umstritten, aber es war ein Entscheid nach dem Gusto der Herrenreiter, der Fein- und Freisinnigen, der Leute, die sich für klüger und besser halten als die Bürger, von denen sie sich wählen lassen.

Die fremden Vögte sind mitten unter uns

Dankbar nahmen sie das Geschenk aus Lausanne an. Bundesrat und Parlament begannen, die Umsetzung von unliebsamen Volksentscheiden zu verweigern, mit Hinweis auf internationales Recht. Schwere kriminelle Ausländer können nicht mehr ausgewiesen werden, weil die Gerichte das ausländische Recht über die Verfassung stellen.

Internationales Recht vor Landesrecht bedeutet Willkür, bedeutet Rechtsunsicherheit, bedeutet Ende der direkten Demokratie, heisst Machtlosigkeit für die Bürger, aber Vollmacht für die Politiker und für die Richter, die das internationale Recht gegen das Volk auslegen. Die fremden Vögte sind mitten unter uns. Sie hocken in Lausanne oder Bundesbern!

Direkte Demokratie: Sie ruhe in Frieden. Das ist der Plan der Selbstbestimmungsgegner. An ihren Plakaten und an ihren Sprüchen sollt ihr sie erkennen. Es gibt ein Schweizer Menschenrecht auf direkte Demokratie. Wer daran festhalten will, sagt Ja zur Selbstbestimmung.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 25. November 2018

Eidgenössische Vorlagen

| | |
|--|------|
| 1. Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» | NEIN |
| 2. Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» | JA |
| 3. Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten) | JA |

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten

Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri Weymouthsföhren, Weisstannen

Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen

Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
info@kressibucher.ch
www.kressibucher.ch

CORNU
CornuLights

Technik für Ihren Event

Audio | Video | Licht
Projektion | Bühne | Rigging

www.CornuLights.ch

IMBACH
wandern weltweit

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel. 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

IHR PARTNER FÜR GUTE MALERARBEITEN

Ernst Rösli • Zollikerberg
Telefon 044 391 70 88
Mobile 079 217 99 09
roesli@swissonline.ch

Liebe Leserinnen und Leser

Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?

Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.

Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimaglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch



Auf die Sonne folgt Regen

Am letzten Wochenende hat es ein bisschen geregnet. Am Montag titelte der Blick in fetten Lettern: «So verregnet ist die Schweiz.» Am meisten Niederschläge gebe es auf dem Pass des Grossen Sankt Bernhard und auf dem Säntis. Dann folge in der Regenstatistik ein kleines Tessiner Dörfchen: «Dicke Tropfen prasseln auf die Steindächer von Mosogno.» Eine Einwohnerin erzählt von Tagen, an denen «es regnet wie aus Kübeln». Dann schiesse schon mal «das Wasser wie ein Sturzbach durch die Gassen und die Treppen hinab». Noch letzte Woche lauteten die Schlagzeilen im Blick: «Noch so ein Jahr überleben wir nicht. In der Ostschweiz ist es so trocken wie seit 71 Jahren nicht mehr.» Oder so: «Sorgt die Trockenheit jetzt auch für Dürre im Portemonnaie?» Oder so: «Der trockene Rekordsommer macht den Schweizer Bauern auch im Herbst zu schaffen.» Oder so: «Am Rhein geht nichts mehr. Seit Freitag können auf dem Rhein bei Basel keine Frachtschiffe mehr verkehren. Grund dafür ist der tiefe Wasserstand.» Die Trockenheit sei schuld: «Nach einem regenlosen Sommer folgt nun auch ein trockener Herbst.» Die Launen des Wetters und die Journalisten haben eines gemeinsam: Es ist unmöglich, sie zu ändern. Da schreiben sie sich über Monate die Finger wund, um eine Dürrekatastrophe biblischen Ausmasses zu beklagen. Und kaum fallen ein paar Regentropfen, lautet ihre Schlagzeile: «So verregnet ist die Schweiz.» Dies passt zu den in atemloser Spannung vorgetragenen Wetterprognosen unserer Fernseh-Meteorologen. Als es am Wochenende in höheren Lagen auch noch schneite, überschlugen sich beinahe ihre Stimmen vor Aufregung. Egal, ob die Sonne brennt, der Regen prasselt oder Schneeflocken tanzen – hinter jedem Lächeln unserer Monopol-Wetterpropheten steht die kaum verhüllte Drohung: «Das habt ihr Menschen jetzt von eurem menschengemachten Klimawandel!» Also verkleinern wir unseren ökologischen Fussabdruck. Also lassen wir uns eine planwirtschaftliche Energieversorgung aufs Auge drücken. Also refeudalisieren wir uns zurück ins Mittelalter, als sich Mobilität nur die Reichen leisten konnten. Also senken wir unseren Lebensstandard. Also ändern wir unser Ernährungsmuster. Dennoch haben wir weiterhin mit Sonne, Regen und Schnee zu rechnen. Es ist halt schon so: Alle schimpfen über das Wetter. Aber niemand unternimmt etwas dagegen.

UNRECHTSSTAATEN WEISEN RECHTSSTAATEN ZURECHT

Die UNO und deren Menschenrechtsrat

Die vereinten Nationen sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 193 Staaten und als globale internationale Organisation ein uneingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind gemäss ihrer Charta die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Trotzdem existieren immer noch viele Kriegsgebiete.



Therese Schlöpfer
Präsidentin SVP Bezirk Winterthur Hagenbuch

Aus der UNO entstand die UN Menschenrechtskommission, welche im Jahr 2006 zum Menschenrechtsrat reformiert wurde. Äusserst fraglich ist, weshalb Länder mit einer prekären Menschenrechtslage in diesen Rat gewählt werden. In Saudi-Arabien werden z.B. immer noch Menschen öffentlich geköpft. Aus Ländern wie Somalia, Eritrea, Bangladesch und Kamerun flüchten die Menschen. Dabei sind Staaten, welche bei abgelehntem Asylgesuch nicht einmal ihre eigenen Landsleute zurücknehmen, weil kein Rücknahmeabkommen besteht.

Was sind die Gründe für eine Verweigerung solcher Abkommen? Sind es vielleicht die zwei Prozent Steuern, welche die eritreische Diaspora vom Ausland nach Hause schicken muss? Da kommt eine Menge Geld zusammen, denn es leben etwa eine Million Eritreer im Ausland. Das würde ja dann be-

deuten, dass diese Menschen als Kapitalbeschaffer für den Staat missbraucht werden.

Gegen ausgewogene Berichterstattung

Dieses Gremium durchleuchtet alle viereinhalb Jahre die Staaten und rügt dann wieder die Schweiz. Letztes Jahr wurden 251 Forderungen an unser Land gestellt. Von solchen Unrechtsstaaten müssen sich Rechtsstaaten in die Schranken weisen lassen.

Die neutrale Schweiz lehnte 1986 in einer Volksabstimmung einen Beitritt zur UNO mit 75 Prozent Nein-Stimmen ab. Die zweite Abstimmung im Jahre 2002 wurde mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Auch schon vor der Mitgliedschaft hat die Schweiz ihren finanziellen Beitrag geleistet.

Mit dem Beitritt hat unser Land nun auch ein Mitsprache- und ein Mitwirkungsrecht. Dieses hat die Schweiz beim kürzlich veröffentlichten Migrationspakt der UNO in Anspruch genommen.

Diesen Pakt hat Botschafter Jürg Lauber in Zusammenarbeit mit seinem mexikanischen Kollegen massgeblich mitkonstruiert.

te auf ihrer Agenda stehen. Rechtsstaatlichkeit sollte gefördert werden. Mit solchen Zielen muss es gar keine Flüchtlingsströme mehr geben.

Die Menschen sollen doch in ihren eigenen Ländern ein würdiges Leben führen können und nicht von ihren Familien getrennt in kulturell fremden Ländern arbeitslos sein. Die UNO-Mitgliedsstaaten sollten sich wieder einmal mit den Zielen zu Zeiten ihrer Gründung auseinandersetzen. Oder verfolgt sie mittlerweile gar ein anderes Ziel? Weshalb haben sie sich nicht anders eingesetzt bei den vielen Kriegsflüchtlings vom arabischen Raum? Weshalb sollen all die Flüchtlinge von muslimischen Ländern nach Westeuropa kommen? Wo doch reiche arabische Länder wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate genug Geld und Platz für sie hätten und erst noch viel näher liegen? Sie haben die gleiche Kultur, den gleichen Glauben und viele verstehen die gleiche Sprache. Folglich wäre ein Leben dort viel einfacher für sie. Leider hat sich die UNO nie dafür eingesetzt.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP SCHWEIZ IN VOLKETSWIL

Freiheit und Sicherheit verteidigen

Über 500 Delegierte, Gäste und besonders viele Jugendliche der Jungen SVP haben sich am Samstagnachmittag und abend in Volketswil zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz und 50. Jubiläum der Jungen SVP Schweiz getroffen. «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.» Die Botschaft des Bundesbriefes von 1291 ist für die Schweiz von immerwährender Gültigkeit. Ohne Freiheit gibt es keine Selbstbestimmung. Unsere Freiheit ist kein Geschenk. Sie muss immer wieder verteidigt werden gegen Druckversuche von

aussen – aber auch gegen die inneren Feinde der Freiheit: Diese wollen die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und die direkte Demokratie aushebeln. Deshalb gilt es am 25. November 2018 nur eines: JA zur Selbstbestimmungsinitiative. Die Junge SVP Schweiz hat ihre Generationen-Charta vorgestellt, zu der sie sich verpflichten. Mit viel Musik und Barbetrieb wurde das Jubiläum bis in die späten Abendstunden gefeiert. Alle Referate und die «Generationen-Charta» sind auf www.svp.ch zu finden.

Einladung zur Podiumsdiskussion
Abstimmung vom 25. November 2018

Selbstbestimmungsinitiative
Sollen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort behalten?

Pro

Gregor Rutz
Nationalrat, SVP

Contra

Thomas Hardegger
Nationalrat, SP

Dienstag, 6. November 2018, 19.30 Uhr
(Türöffnung 19.00 Uhr)

Eventraum Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, 8610 Uster

Moderation: Jennifer Furer, Anzeiger von Uster

Anschliessend an die Veranstaltung sind alle herzlich zum Apéro eingeladen!

Veranstalter

Schweizer Recht statt fremde Richter
Podium zur Selbstbestimmungsinitiative

Stefan Lenz
Gemeinderat FDP

Rosmarie Quadranti
Nationalrätin BDP

Claudio Zanetti
Nationalrat SVP

Timotheus Bruderer
Gemeinderat SVP

Moderation: Andreas Kurz, Zürcher Oberländer

Dienstag, 6. November 2018
20.00 Uhr Beginn Podium

Kronensaal, Restaurant Krone, Wetzikon
Bahnhofstrasse 163, 8620 Wetzikon

Es laden ein

SVP Wetzikon ZH

SVP Gossau ZH

Die Partei des Mittellandes

Die Machtanmassung der Politiker



Thomas Matter
Nationalrat SVP Meilen

Die National- und Ständeräte haben rasch gemerkt: Wenn sie dem internationalen Recht grundsätzlich den Vorrang vor der Bundesverfassung geben, haben sie plötzlich einen Zauberstab in den Händen, um den Willen des Volkes ganz einfach zu ignorieren.

Das ist besonders bequem, wenn ihnen der Volkswille nicht passt. Dabei hat der Bundesrat noch 2010 in einem Bericht schriftlich festgehalten: «Die Frage, ob eine Initiative umgesetzt werden soll oder nicht, ist nicht dem Ermessen der Behörden überlassen. Es wäre missbräuchlich und für den politischen Prozess belastend, eine Initiative zwar zur Abstimmung zu bringen, sie aber im Falle der Annahme nicht oder nur teilweise umzusetzen.»

Wir wissen: Mittlerweile setzen Bundesrat und Parlament den Volkswillen nicht mehr um. Heute stellt die Schweiz als einziges Land der Welt das internationale Recht über die eigene Verfassung.

Dabei kann jede und jeder in «Wikipedia» lesen: «Die direkte Demokratie ist in der Schweiz so ausgestaltet, dass die Stimmbürger als Souverän

auf allen Staatsebenen als Inhaber der obersten Gewalt in Sachfragen abschliessend entscheiden können.» Genau so soll es wieder sein, wenn wir Ja sagen zur Selbstbestimmungsinitiative.

Schon früher haben die Politiker dem Volk Macht weggenommen. Im Zweiten Weltkrieg konnte der Bundesrat mit ausserordentlichen Vollmachten am Volk vorbeiregieren. Das konnte man ja wegen der schwierigen Situation noch verstehen. Aber die Politiker und die Bundesratsparteien wollten auch nach dem Krieg ihre Vollmacht nicht dem Volk zurückgeben. Waadtländer Initianten und Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler haben mit einer Volksinitiative erst 1949 erreicht, dass man die Verfassung und die direkte Demokratie wiederhergestellt hat.

Auch der freisinnige Bündner Staatsrechtsprofessor Zaccaria Giacometti hat mitgekämpft und knapp und klar gesagt: «Es gibt keine Legalität ausserhalb der Bundesverfassung.» Heute behaupten die meisten Professoren das Gegenteil und tun erst noch so, als hätte ihre Meinung schon immer gegolten.

Darum: Setzen auch Sie sich ein für die Rettung der direkten Demokratie. Stimmen Sie am 25. November Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Aus: In den Sumpfen von Bern
www.thomasmatter.ch

AUS DEM KANTONS RAT

Hopp Zürich erleidet Schiffbruch

Mit einer staatlich bezahlten Langzeitstudie hätte das Gesundheitsverhalten der Zürcherinnen und Zürcher beobachtet werden sollen. Der Kantonsrat lehnte dieses Prestigeprojekt ab.



Ruth Frei
Kantonsrätin SVP
Wald

Zu Beginn der Ratssitzung standen drei Einzelinitiativen auf der Traktandenliste. Die erste Initiative verlangte Jokertage für Lernende in Berufsschulen. Die Begründung war, dass zurzeit in Berufsschulen nur beschränkt die Möglichkeit besteht, einen freien Tag bewilligt zu bekommen. Dies wird umgangen, indem sich die Schülerinnen und Schüler krankmelden. Von der SVP-Fraktion wurde kritisiert, dass Mittelschüler Jokertage zur Verfügung haben, obwohl sie insgesamt 13 Wochen Ferien haben. Die SVP hat sich stets gegen Jokertage ausgesprochen und blieb

auch bei dieser Einzelinitiative ihrer Linie treu. Die Einzelinitiative wurde vom Rat klar nicht überwiesen. Noch schwerer hatte es die zweite Initiative, welche einen bedingten indirekten Mindestlohn forderte. Sie erhielt keine Stimmen. Das kantonale Jagdgesetz sollte auf Wunsch eines Einzelinitianten dahingehend geändert werden, dass die Anzahl Jäger pro Jagdrevier zu erhöhen sei, damit Wildschweine vermehrt gejagt würden und dadurch die Wildschweinschäden vermindert werden könnten. Einzig die EDU stimmte der Vorlage mit 4 Stimmen zu.

Gelöster Rollenkonflikt

Danach stand das Thema Gesundheit im Mittelpunkt. In zweiter Lesung wurden die Gesetze der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) und des Kantonsospitals Winterthur (KSW) gossmehrheitlich genehmigt. Da im 2017 die Ver-

selbständigung der beiden Kliniken in Aktiengesellschaften vom Volk abgelehnt worden war, unterbreitete der Regierungsrat zwei neue Gesetzesvorlagen, um die beiden Kliniken zu verselbständigen und ihnen den nötigen unternehmerischen Handlungsspielraum zu gewähren. Beide Kliniken bleiben dauerhaft im Eigentum des Kantons. Gebäude und Mobilien werden indes im Baurecht an die Anstalten übertragen, womit diese die Selbstbestimmung über die Erneuerung der Infrastruktur erhalten. Denn am 1. Januar 2012 wurde die Spitalfinanzierung neu geregelt. Damit haben sich die Rahmenbedingungen für die Spitäler verändert. Sie werden mittels Fallpauschalen entschädigt. Darin enthalten sind auch die Investitionskosten. Der Rollenkonflikt des Kantons, welcher als Regulierer, Auftragserteiler, Finanzierer und Betreiber fungiert, wird mittels neuer Rechtsform gelöst.

Klare Ablehnung für Hopp Zürich

Die grösste Debatte verursachte der Beitrag zugunsten der Universität Zürich, Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention, für das «Health of population project Zurich» (Gesundheitsplattform «Hopp Zürich»). Dieses Projekt plant Studien mit 20 000 repräsentativ ausgewählten Zürcherinnen und Zürchern. Während zehn Jahren sollen diese Personen unter Berücksichtigung von Ernährung, gesundheitlicher Entwicklung, Freizeit und Beruf begleitet werden. Die Daten sollen für die Wissenschaft, Gesundheitsversorgung und Politik nutzbar gemacht werden. Der Objektkredit beläuft sich auf 20 Mio. Franken und würde auf zehn Jahre à 2 Mio. Franken aufgeteilt. Bereits im März 2016 sagte der Kantonsrat zu diesem Kreditantrag Nein, damals weil der Kredit dem Lotteriefonds entnommen werden sollte. Nach Meinung der Mehrheit der Kantonsräte entsprach die Entnahme nicht dem Lotteriefondsreglement. Am Montag wurde der Kreditantrag erneut bachab geschickt. Kritisiert wurde insbesondere die regionale Eingrenzung der Studienpersonen. Auch die SVP argumentierte, dass eine umfassende Studie schweizweit erfasst werden müsste. Mit 95 zu 74 Stimmen wurde der Kreditantrag abgelehnt.

Parkplätze genehmigt

Ein Kreditantrag von 65,5 Mio. Franken für den Ersatz- und Ergänzungsbau der Klinik Schlosstal der IPW löste einzig bei der Parkplatzfrage einen Minderheitsantrag aus. Die Grünen, SP und AL forderten eine Reduktion der Parkplätze. Der Minderheitsantrag war aber

EINE GROSSE KARRIERE

Die SVP-Kantonsratsfraktion verabschiedet Jürg Trachsel

rs. An der Fraktionssitzung vom 29. Oktober 2018 wurde Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) durch die SVP-Kantonsratsfraktion offiziell verabschiedet. Nach seiner Wahl zum Ombudsmann des Kantons Zürich übergab Jürg Trachsel das Fraktionspräsidium an seinen Nachfolger Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen). Die Kantonsratsfraktion würdigte Jürg Trachsels grosse Verdienste für die Partei. Er vertrat die SVP seit 1995 im Kantonsrat, den er im Amtsjahr 2011/2012 auch präsidierte. Nach seinem Amtsjahr als Kantonsratspräsident wurde er als Nachfolger von Hans Frei zum Präsidenten der SVP-Fraktion gewählt. Beruflich war Jürg Trachsel zuletzt als Rechtsanwalt in der Privatwirtschaft tätig. Bemerkenswert ist, dass Jürg Trachsel dank seinem grossen Engagement für die Öffentlich-

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG
SVP erwirkt Entscheid gegen Schlepperbanden

Stefan Schmid
Kantonsrat SVP
Niederglatt

Der Kantonsrat hat mit knappem Mehr ein linkes Postulat verhindert, welches mehr Bootsflüchtlinge für den Kanton Zürich fordert. Die SVP kämpfte beherzt gegen das linke Ansinnen, welches bis tief über die Mitte des Kantonsrates und leider auch in der Mehrheit des Regierungsrates Anklang fand. Der Bescheid des Regierungsrates zeigt auf, dass Erneuerungswahlen bitter nötig sind. Der Regierungsrat und der Kantonsrat sind noch konsequenter auf bürgerliche Politik auszurichten.

Das Chaos im Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Migranten haben dazu geführt, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Gesuchen pro Einwohner. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten und zu mehr Kriminalität führt, den Kampf an. Daher stellte sie sich gegen das Postulat und dies aus folgenden weiteren Gründen:

Erstens bestehen mit der EU Verträge, wonach wir gar keine Flüchtlinge aufzunehmen haben, welche sich vor dem Eintritt in die Schweiz in einem umliegenden EU-Land aufgehalten haben. Zu diesen gesetzeswidrigen Transit-Migranten zählen insbesondere auch die Bootsflüchtlinge.

Denn sämtliche Bootsflüchtlinge stranden in einem EU-Land oder passieren auf dem Weg in die Schweiz ein solches. Statt noch mehr von diesen Transit-Migranten aufzunehmen, sollten wir die Anzahl sen-

ken, und zwar auf jene Zahl, welche dem Volk bei Schengen/Dublin versprochen wurde, nämlich die Zahl 0 (Null).

Zweitens begünstigen die linken Postulanten die gefährlichste aller Migrationsrouten, nämlich jene über das Meer. Die vergangenen Monate und Jahre zeigten es auf: Je attraktiver die Route über das Meer gestaltet wird, desto mehr Migranten versuchen diese Route und damit einhergehend steigen auch jeweils die Opferzahlen. Zudem muss festgestellt werden, dass wer die Mittelmeerroute begünstigt, die dreckigen Geschäfte von Schlepperbanden unterstützt.

Drittens belastet die Massenmigration unseren Wohlstand massiv. Die statistischen Zahlen belegen es glasklar: Die Massenmigration belastet die Sozialhilfe, die IV, die Krankenkassenprämien und die finanziellen Kontingente der Prämienverbilligungen. Weiter stellt die Massenmigration unser kulturelles Erbe sowie die Sicherheit, aber auch das Schulwesen vor enorme Herausforderungen. Unser Kanton Zürich hat eine Verstärkung dieser Belastungen nicht nötig – im Gegenteil!

Die Zürcher Gemeinden stehen in den nächsten Jahren bereits mit den aktuellen Asylzahlen vor einer riesigen Herausforderung.

Statt die Gemeinden des Kantons Zürich zu schützen, hat der Regierungsrat Hand geboten, das Postulat entgegenzunehmen – vom bürgerlichen 5er-Ticket war denkbar wenig zu spüren. Derselbe Regierungsrat ist darauf und dran, den Gemeinden im Zuge des neuen Sozialhilfegesetzes und des Asylschlammassels rascher noch höhere Kosten zu überwälzen. Glücklicherweise folgte der Kantonsrat nicht dem Regierungsrat. Das knappe Resultat von 89:81 Stimmen zeigt auf: Die SVP muss die kommenden Wahlen gewinnen, es kommt auf jeden einzelnen Sitz im Kantonsrat an!

nicht mehrheitsfähig. So wurde dem Baukredit doch überlegen zugestimmt.

Abschreibung von Postulaten

Eine grössere Redeflut löste die Abschreibung eines Postulates aus. Monika Wicki, SP, und Mitunterzeichnende forderten mit einem Postulat den Regierungsrat auf, aufzuzeigen, wie die hebammengeleitete Geburtshilfe im Kanton Zürich gestärkt werden kann. In der Postulatsantwort war zu lesen, wie im Kanton Zürich alles bestens ist. Von einer Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe ist keine Rede. Umso mehr jedoch werden die freischaffenden Hebammen einer stärkeren Kontrolle unterstellt. In einem Zusatzbericht fordert nun eine grosse Mehrheit des Rates, dass der Regierungsrat doch noch aufzeigen muss,

wie die Forderung des Postulates erfüllt werden könnte.

Zum Schluss hatte der Rat über die Abschreibung eines Postulates unseres ehemaligen Fraktionspräsidenten Jürg Trachsel zu befinden. Gefordert wurde eine überfällige strukturelle Änderung im Gesundheitswesen. Die daraufhin vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Studie der ZHAW erstellte dem Gesundheitsdirektor ein gutes Zeugnis. Im Vergleich mit anderen Kantonen sind im Kanton Zürich bereits kostendämpfende Massnahmen umgesetzt worden.

Zum Beispiel «ambulante vor stationär» und Vergabe der Leistungsaufträge an Spitäler nach WZW-Kriterien (Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit). Das Postulat wurde einstimmig abgeschrieben.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Rechtsanspruch auf Einbürgerung trotz Sozialhilfebezug

Dem Merkblatt des Gemeindeamtes zu den Einbürgerungen ist zu entnehmen, dass die Kinder von Sozialhilfebezügern neu einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung hätten, den Gemeinden also keinerlei Spielraum verbleibe. Sozialhilfebezug gilt allgemein als Hindernis zur Einbürgerung.

So wurde es dem Stimmbürger jedenfalls stets versprochen. Die Weisung des Amtes widerspricht auch einem Bundesgerichtsentscheid vom August 2010 im Sinne von Wetzikon, wonach die Kinder von Sozialhilfebeziehenden nur zeitlich befristet keinen Schweizer Pass erwerben könnten.

Laut den höchstrichterlichen Ausführungen ist der Kreis der Fürsorgeabhängigen bezüglich Einbürgerung keine vom Diskriminierungsverbot geschützte Gruppe. Es könne keine Diskriminierung sein, wenn der Umstand, aus einem nicht vermögenden Hause zu stammen, die jungen Gesuchsteller hindere, sich einbürgern zu lassen. Von Bedeutung sei, dass diese Frage der Abstammung nur vorübergehend ins Gewicht falle und dann mit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit hin-falle.

In diesem Zusammenhang bitten Claudio Schmid (SVP, Bülach) und Mitstreiter von EDU und BDP den Regierungsrat mit einer dringlichen Anfrage (KR312/2018), folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer hat (alleine) entschieden, dass Kinder einen Anspruch auf Einbürgerung haben? Mit welchem Recht/ in welcher Kompetenz hat der Befragende diese gesetzgeberische Frage entschieden? Fällt diese Frage nicht in die Zuständigkeit des Gesetzgebers?

der Sihltal-Zürich-Üetliberg-Bahn (SZU) ist in der Vorlage enthalten.

Entscheid des Parlaments voraussichtlich bis Ende 2019

Insgesamt erlaubt die Vorlage des Bundesrats die wirkungsvolle und nachhaltige Kapazitätserweiterung des Schienennetzes und gestützt darauf die dringend notwendigen Angebotsausbauten in der Region Zürich. Die Vorlage wird nun im nationalen Parlament behandelt, das voraussichtlich bis Ende 2019 entscheidet.

Die Sozialhilfekriterien wurden per 1. Januar 2018 schweizweit verschärft. Das gilt offenbar nach Auffassung der Verwaltung nur für Erwachsene. Lassen nun (chronisch) Sozialhilfeabhängige ihre minderjährigen Kinder einbürgern, so resultiert daraus der sog. «umgekehrte Familiennachzug», wie die Verwaltungsjuristen sagen: Die Schweizer Kinder begründen für die Eltern einen Aufenthaltstitel.

- Wie viele Einbürgerungen von Minderjährigen bis 16 Jahre haben die Gemeinden 2017 und 2018 vorgenommen und hat der Kanton bewilligt, bei denen die Eltern nicht in das Gesuch involviert waren?
- Wie viele davon lebten in einem fürsorgebeziehenden Haushalt?

Seit 1. Januar 2018 ist eine Niederlassungsbewilligung C Voraussetzung für eine Einbürgerung. Bis 2014 erhielt jeder anerkannte Flüchtling nach fünf Jahren automatisch eine Niederlassungsbewilligung, selbst wenn er oder sie keinen einzigen Tag gearbeitet hatte.

- Frage anhand eines Beispiels: Eine Eritreerin oder ein Eritreer kam vor wenigen Jahren in die Schweiz, wurde als Flüchtling anerkannt und erhielt trotz permanentem Sozialhilfebezug eine C-Bewilligung. Nun stellt sie oder er für ihr oder sein in der Schweiz geborenes minderjähriges Kind einen Einbürgerungsantrag, Aufenthaltszeit/Schulzeit in der Schweiz sind erfüllt. Muss die Gemeinde dieses Kind einbürgern, obwohl beide bisher ausschliesslich von Sozialhilfe gelebt haben?



Martin Hübscher überreichte Jürg Trachsel als Dank eine Glocke mit persönlicher Widmung und Wappen. Für Yvonne Trachsel gab es einen herbstlichen Strauss.

SVP DIETIKON

Hochkarätige Parteiversammlung der SVP Dietikon

Am Montagabend erschienen zahlreiche Mitglieder, Sympathisanten und Gäste zur hochkarätigen Parteiversammlung der SVP Dietikon. Die SVP Dietikon durfte Regierungsrat Mario Fehr, Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Nationalrat Hans Egloff und Stadtpräsident Roger Bachmann begrüßen.

Die knapp 60 Teilnehmer der Parteiversammlung lauschten aufmerksam den Worten von Regierungsrat Mario Fehr zum Asylwesen und zur Kantonspolizei. Anschliessend nahmen die Teilnehmer die Chance wahr und stellten Mario Fehr gezielte Fragen, die er kompetent beantwortete. Da Mario Fehr viel über Winterthur sprach, machte er die Überleitung zu Nationalrätin Natalie Rickli, die sehr kompetent über ihre Kandidatur als Regierungsrätin Auskunft gab. Auch ihr wurden von der Versammlung unverblümt Fragen gestellt, die sie mit viel Charme und hoher Kompetenz beantwortete. Wir sind überzeugt, dass sie eine gute Regierungsrätin werden wird.

Meinung bilden und Parolen fassen

Anschliessend sprach Natalie Rickli zur «Selbstbestimmungsinitiative», die sie eindrücklich aufzeigte und mit guten Beispielen erklären konnte. Bei der abschliessenden Abstimmung stimmten alle ohne Gegenstimme der «Selbstbestimmungsinitiative» zu. Jetzt sprach der Kampfkuh-Besitzer NR Hans Egloff über die «Hornkuh-Initiative». Mit humorvollen Einlagen erklärte er uns, warum er trotz dem NEIN der nationalen und kantonalen Partei JA stimmen werde. Die Argumente überzeugten und bei der Schlussabstimmung gab es eine Patt-Situation, bei der der Präsident Rochus Burtscher mit seiner Stimme dem NEIN den Zuschlag gab. Jetzt durfte die Versammlung noch den Worten von Stadtpräsident Roger Bachmann vormals Sozialvorstand, zuhören. Wie üblich formulierte Bachmann seine Argumente wohlüberlegt und zeigte auf, was überhaupt bei dieser Gesetzesvorlage «Sozialversicherung/Überwachung» erlaubt ist. Seine Äusserungen erbrachten ein klares JA ohne Gegenstimme zur Annahme der Änderung des Bundesgesetzes.



Die Protagonisten der Parteiversammlung: Hans Egloff, Natalie Rickli, Roger Bachmann und Mario Fehr.

Kommunale Abstimmung

Da keine kantonalen Abstimmungen vorlagen, wurde noch die letzte kommunale Dietiker Abstimmung ebenfalls von Stadtpräsident Roger Bachmann dargestellt. Man kann zur Limmattalbahn eine positive oder negative Einstellung haben, aber diese kommunale Abstimmung «NEIN zur Limmattalbahn bleibt NEIN – kommunale Ausgaben für die Limmattalbahn vors Volk» würde den demokratisch ausgewogenen Prozess, der über Jahrzehnte ausartete, zerstören. Zudem müsste über jede neue und wiederkehrende Ausgabe ab 20 000 Franken und für jede neue und einmalige Ausgabe ab 50 000 Franken im Zusammenhang mit der Limmattalbahn von den Dietiker Stimmberechtigten abgestimmt werden. Eine kommunale Abstimmung kostet hingegen mehr als 20 000 Franken. Dieser Prozess verteuert alle Vorhaben, auch diejenigen, die nur im entferntesten Sinn überhaupt mit der Limmattalbahn in Verbindung gebracht werden können. Diese Abstimmung produziert nur administrativen Mehraufwand. Da nur die Dietiker abstimmen durften,

wurde die Volksinitiative klar mit 28 NEIN und 1 JA und 1 Enthaltung durch die Versammlung abgelehnt.

Die letzte Veranstaltung (Weihnachtsapéro) in diesem Jahr findet am 3. Dezember 2018 statt. Wir freuen uns heute schon auf zahlreiches Erscheinen.



Die Parteiversammlung sties auf grosses Interesse bei den Mitgliedern.

Bilder: Werner Rüegg

OSKAR FREYSINGER ZU GAST IN BÜLACH

SVP-Raclette-Abend mobilisiert parteiübergreifend

Oskar Freysinger hat es geschafft, das Publikum auch über die Parteigrenzen hinaus zu mobilisieren. Am traditionellen Raclette-Abend der SVP Bülach waren dieses Jahr überdurchschnittlich viele Zuhörer aus anderen Sektionen anwesend und der bunte Mix verschiedenster politischer Couleur machte die Diskussionen umso angeregter.



Oskar Freysinger in seinem Element.

svp. Schon beim politischen Teil des Abends, dem «Pflichtprogramm» Selbstbestimmungsinitiative, war es ein Leichtes für Oskar Freysinger, das Publikum mit seinen anschaulichen Beispielen zu überzeugen, am 25. November ein klares JA in die Urne zu legen.

Literarische Auflockerungen

Zu Hochform lief Oskar Freysinger aber dann in der «Kür» auf, als er einige literarische Auflockerungen – auch aus seinem neuesten Buch – «Die dunkle Seite des Lichts» – zum Besten gab. Mit seiner mitreissenden Art vermochte er das Publikum in Staunen zu versetzen und mehr als einen Lacher zu provozieren. Beim anschliessenden gemütlichen Beisammensein bei Raclette und Weisswein mischte «Oske» sich unter die Leute und erzählte noch die eine oder andere Anekdote aus seinem bewegten Leben.

Auf ein Feierabend-Bier



zur Selbstbestimmungs-Initiative mit Valentin Landmann

Masseneinwanderung stoppen und kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen. So will es das Stimmvolk. Doch Bundesbern missachtet unsere Demokratie mit dem Argument, internationales Recht sei wichtiger als unser Schweizer Recht!

Valentin Landmann ist der berühmteste Strafverteidiger der Schweiz. Er hält ein Referat zur **Selbstbestimmungs-Initiative**. Mit dieser Volksinitiative sorgen wir dafür, dass wieder Schweizer Recht in unserem Land gilt!

Donnerstag
8.11.2018
18.00 Uhr

Pub A4 Träff, Schaffhauserstr. 320,
8452 Adlikon. Shuttlebus vom Bahnhof
Andelfingen bis Pub A4 Träff, 17:30 und
17:45 Uhr. Nach der Veranstaltung
Retour-Shuttlebus

Bier und
Softgetränke
frei!

Valentin Landmann
SVP-Kantonsratskandidat, Zürich

Alle sind eingeladen!

SVP Andelfingen, Postfach 302, 8450 Andelfingen, www.svp-andelfingen.ch



HOHER BESUCH IM BEZIRK ANDELFINGEN

Regierungsrat Ernst Stocker am Stammermarkt

RoMü. Es hat Tradition, dass die SVP Bezirk Andelfingen jeweils an den Jahr-

märkten in Stammertal und auch in Andelfingen mit einem Stand auftritt.



Die Andelfinger Kantonsratskandidaten Michael Trachsel, Konrad Langhart und Paul Mayer mit Regierungsrat Ernst Stocker (zweiter von rechts).

«Wir wollen uns so dem Bürger stellen und mit den Wählern vor Ort auf Tuchfühlung gehen, den direkten Kontakt und das persönliche Gespräch zu suchen», erklärte Bezirkspräsident Paul Mayer bezüglich dieser bürgernahen Auftritte. Umso mehr zeigte er sich erfreut, dass er zusammen mit dem SVP-Kantonalpräsidenten Konrad Langhart am Sonntagmittag am Stand der SVP Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker begrüßen durfte.

Red und Antwort

Dieser nutzte an diesem witterungsmässig eher garstigen, aber mit Blick auf die dringend notwendigen Niederschläge, durchaus geduldetem Wetter ebenfalls die Gelegenheit, um den Marktbesuchern Rede und Antwort zu stehen.

Zugleich stellten sich auch die drei Kantonsratskandidaten Konrad Langhart (Oberstammheim, bisher) sowie Paul Mayer (Marthalen, Neu) und Michael Trachsel (Feuerthalen, neu) den Wählern.

STANDAKTION DER SVP MÄNNEDORF

Saurer Apfel oder Selbstbestimmung?



Die SVP-Kantonsratskandidaten Thomas Lüthi, Christian Hurter, Hans-Peter Amrein, Tumasch Mischol und Domenik Ledergerber mit dem Vorstand der SVP Männedorf (von links).

svp. Fünf Kantonsratskandidaten und der Vorstand der SVP Männedorf trotzen dem schlechten Wetter und warben kräftig für die Selbstbestimmungsinitiative. Mit einheimischen Äpfeln und Most liessen sie die Marktbesucher selbst bestimmen, in welchen Apfel sie gerne beissen wollen. Eine markante Mehrheit war sich schon klar und beabsichtigt, zu verhindern, künftig in den sauren Apfel beissen zu müssen.

Mit einem überzeugenden Ja zur Selbstbestimmungsinitiative wollen die Schweizerinnen und Schweizer weiterhin ihre demokratischen Rechte behalten und entscheiden können. Mit grossem Engagement diskutierten die Vertreter der SVP mit den Passanten, in der Hoffnung, dass sich die Unentschiedenen beim Abstimmen an den süssigen Apfel erinnern und der Initiative zustimmen.

DIE VERHÄTSCHELUNG VON SANS PAPIERS

Illegale Migration ist illegal

Können Sie sich das vorstellen: Eine Stadtpräsidentin informiert an einer Pressekonferenz, wie die Verwaltung Steuerbetrüger helfen will? Dieses Gedankenspiel klingt irre und unrealistisch, ist aber von der Realität nicht weit entfernt. Beim realen Vorfall geht es zwar nicht um Steuerbetrug, aber um den Tatbestand des illegalen Aufenthalts.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich

Gemäss dem Bund halten sich mindestens 10000 sogenannte «Sans Papiers» in der Stadt Zürich auf. Im ganzen Land sollen es 100000 sein. Das Rote Kreuz ging allerdings bereits 2006, also lange vor der anhaltenden Asylkrise, von bis zu 300000 Sans Papiers in der Schweiz aus. Das sind Migranten, die als falsche Flüchtlinge oder Touristen kamen. Sie müssen ausreisen, bleiben aber illegal

hier. Die Sans Papiers nehmen unserer Bevölkerung Wohnungen und Arbeitsplätze weg. Und im Gegensatz zu Steuerbetrüger zahlen sie überhaupt keine Steuern.

Austricksen des Rechtsstaats

Dennoch stellt sich der Zürcher Stadtrat hinter die Sans Papiers und prüft, wie der Rechtsstaat im Sinne dieser Migranten ausgetrickst werden kann. Ein städtischer Ausweis, der die Identität verschleiern soll, Ausschaffungen verunmöglichen. Zudem sollen die Illegalen eine für sie kostenlose Gesundheitsversorgung und weitere staatliche Leistungen umsonst erhalten. Vor Kurzem leitete die linke Stadtpräsidentin eine

Pressekonferenz dazu. In dieser Stadt, die oft mustergültig den Geisteszustand sogenannter Eliten in unserem Land abbildet, ist etwas gewaltig faul: Angebliche Volksvertreter wollen zugunsten illegal eingewandeter Migranten den Rechtsstaat austricksen und setzen dafür Steuergelder ein. Aber wehe, wenn ein Gastrobetrieb ein Stuhlbein fünf Zentimeter ausserhalb der Boulevardzone hinstellt. Dann erbarnt sich die Stadtverwaltung nicht und büsst. Für manche Gruppen gelten Gesetze in einer extremen Auslegung, für andere hingegen gar nicht.

Das soll rechtsstaatlich sein? Zur Erinnerung: Illegale Migration ist kein Menschenrecht, sondern eben illegal!

MIT STEUERGELDERN GEGEN DAS VOLK

Behördenpropaganda gegen die direkte Demokratie

Die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) mischen sich unrechtmässig in den Abstimmungskampf über die Selbstbestimmungsinitiative ein. Die SVP protestiert und fordert die Kommissionen auf, die Stellungnahme aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage zurückzunehmen.

svp. In einer Medienmitteilung sprechen sich EKM und EKR gegen die Selbstbestimmungsinitiative aus. Völlig einseitig behaupten sie dabei fälschlicherweise, die Initiative würde die Menschenrechte und die Rechtssicherheit schwächen. Damit stellen sich zwei offizielle Kommissionen des Bundes auf die Seite der Initiativgegner, die mit ihrer aggressiven Diffamierungskampagne die direkte Demokratie der Schweiz

aushöhlen wollen. Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem Inhalt der Selbstbestimmungsinitiative und dem Auftrag der beiden Kommissionen. Bei der Initiative handelt es sich um eine rein staatspolitische Vorlage, welche die Hierarchie der Rechtsnormen, wie sie bis 2012 in der Schweiz gegolten hat, in der Verfassung verankern will. Die SVP fordert die EKM und EKR auf, die Medienmitteilung vom 25.10.2018 zu

rückzuziehen und sich auf ihren gesetzlichen Auftrag zu beschränken. Der Bundesrat als Aufsichtsbehörde wird zudem aufgefordert, die Tätigkeit der beiden Kommissionen und ihre Daseinsberechtigung genauer zu prüfen. Es darf nicht angehen, dass sich die Kommissionen des Bundes mit Steuergeldern in einen demokratischen Abstimmungskampf einmischen, der nichts mit ihrem Tätigkeitsbereich zu tun hat.

LESERBRIEF

Scheinheilige Magistratin Simonetta Sommaruga

Die kommende Abstimmung der Selbstbestimmungsinitiative hält nicht nur Staatsrechtler und Verfassungsjuristen auf Trab, nein, auch Medienschaffende, insbesondere Bundeshausredaktoren und unsere Bundesrätin Sommaruga mischen da kräftig mit. Fast alle entpuppen sich als Gegner der Initiative. Manchmal wirken die Artikel seltsam, weil die Schreibenden grundsätzlich wenig gegen Selbstbestimmung und damit direkte Demokratie ins Feld führen können, aber da die Initiative

vonseiten der SVP kommt, muss sie bekämpft werden.

Scurril mutet das Interview mit Bundesrätin Sommaruga in Tamedia-Printmedien an. Da redet sie Anfang Oktober zwischen einem überdimensionierten Bild der Bundesrätin – mit Schweizerfahne und viel Druckerwärme – und dem fehlenden Initiativ-Wortlaut ungebremst am Text vorbei. Es wird in dem Interview nicht über den Text geredet, der am 25. November zur Abstimmung kommt, sondern über Som-

marugas Interpretationen dazu. So behauptet sie etwa, die Initiative sei «ein gefährliches Experiment». Auf den Einwand des Interviewers, das Volksbegehren wolle doch nur den Status quo von 2012 wieder herstellen (die Bürger sollen bestimmen und nicht Bundesrat, Parlament, Bundesgericht und weltfremde Richter), geht sie gar nicht ein. Viel lieber führt sie wieder einmal eine üble Angstkampagne. Sie spricht – bei Annahme der Initiative – von einem Kündigungsmechanismus der uns zwingt, abgeschlossene Staatsverträge und internationale Wirtschaftsverträge zu brechen, neu zu verhandeln oder zu kündigen. Faustdicke Fake News werden an dieser Stelle von ihr aufgetischt. Ihre Aussagen würden ja bedeuten, dass viele dieser Verträge seinerzeit rechtswidrig abgeschlossen wurden, oder noch schlimmer, dass «Staatsverträge» in der Vergangenheit am Volk vorbeigeschmuggelt und de facto dem Souverän heimlich aufgezwungen wurden. Kein Wort verliert Sommaruga über Sinn und Zweck der Selbstbestimmungsinitiative. Die Initiative will die Entmachtung der Stimmbürger rückgängig machen (Stimmrecht zurückholen) und so die direkte Demokratie verteidigen. Denn wer die direkte Demokratie aufgibt, gibt die Schweiz auf. Die Selbstbestimmungsinitiative ist auch ein Bekenntnis zu unserer Heimat und wir tun gut daran, sie am Abstimmungstag zu unterstützen. Sommaruga bekräftigte kürzlich im Live-Chat: «Ich bin ein Fan der direkten Demokratie. In unserem Land hat die Bevölkerung die Möglichkeit, bei jedem wichtigen Vertrag das letzte Wort zu haben.» Ihre wahre politische Gesinnung zeigt aber das Gegenteil auf. Eine solche Scheinheiligkeit dieser Magistratin ist für uns Bürger unverständlich, ja niederschmetternd.

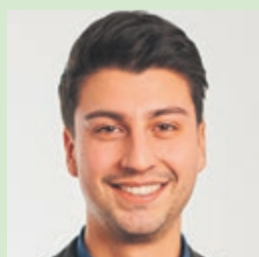
Karl Meier-Zoller
Effretikon

Eidg. Abstimmung vom 25. November 2018

Öffentliche Podiumsdiskussion SVP-Selbstbestimmungs-Initiative JA oder NEIN?



Hans Ueli Vogt
Nationalrat SVP



Fabian Molina
Nationalrat SP

Montag, 5. November 2018, 19.30 Uhr

Gesprächsleiter: **Christian Brändli**, Chefredaktor ZO Medien AG

Ort: Stiftung zur Palme, Mehrzweckraum WIG, Hochstrasse 31–33, Pfäffikon

Parkplätze: Es sind genügend Parkplätze bei der Stiftung Palme oder beim Bahnhof Pfäffikon vorhanden.

ÖV: Bahnhof Pfäffikon ZH, ca. 5 Gehminuten

Gerne laden wir Sie anschliessend zum Apéro ein. Eintritt frei.



www.svp-pfaeffikon.ch



«Das missbräuchliche Erschleichen von Versicherungsleistungen ist in grobem Stile asozial. Es treibt die Prämien für alle Versicherten massiv in die Höhe. Sie sind die Leidtragenden von Versicherungsbetrügereien.»



Mauro Tuena
Nationalrat

**Deshalb am 25. November 2018
JA zur Änderung des Bundesgesetzes
über den Allgemeinen Teil des
Sozialversicherungsrechts**



Die SVP Meilen lädt die Dorfbevölkerung herzlich ein zur Diskussion über die

Selbstbestimmungsinitiative:

Dienstag, 6. November 2018

17 bis 20 Uhr, Dorfplatz Meilen

Diskutieren
Sie mit:



Thomas Matter
Nationalrat

Hans-Ueli Vogt
Nationalrat

«Selbstbestimmte» Schweizer Bratwürste und Cervelats werden gratis offeriert.

Jedermann ist eingeladen!



www.svp-meilen.ch



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein nebenamtliches Mitglied (SVP) für das Baurekursgericht

für den Rest der Amtsperiode 2017-2023 (ab sofort).

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen (Urteilsberatungen), Augenscheinen, Fallbesprechungen etc. und zum Aktenstudium, gesamthaft im Umfang von rund zwei halben Tagen pro Woche
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die Höhe der Entschädigung für die Teilnahme an Augenscheinen, die Tätigkeit als Referent/in und die Erstellung von Fachberichten richtet sich nach der kantonalen Personalverordnung und dem Reglement des Verwaltungsgerichts.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen, einer Wohnsitzbestätigung und einem Strafregisterauszug bis zum **23. November 2018** zu senden an:

Parlamentsdienste des Kantonsrates
Sekretariat der Justizkommission
Baurichter/in
Postfach
8090 Zürich

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht-zh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der kantonsrätlichen Justizkommission, lic. iur. Katrin Meyer, Tel. 043 259 20 67.

Fadegrad



von **Nina Fehr Düsel**

Volkentscheide müssen gelten

Wir wollen selbst mitbestimmen dürfen, was in unserem Land gilt. Dies macht die Schweiz aus: Mittels Initiativen und Referenden können wir bei allen wichtigen Vorlagen entscheiden. Dank diesem Recht behalten wir als Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über unsere Rechtsordnung und über unsere Zukunft.

Die Gegenseite versucht mit falschen Argumenten, Angst zu machen. Doch auch als promovierte Juristin kann ich klar hinter der Initiative stehen und bin im Komitee seit Beginn dabei. Selbstverständlich gelten die Menschenrechte und das zwingende Völkerrecht nach wie vor; diese sind in unserer Verfassung niedergeschrieben. Lassen wir uns nicht unter Druck setzen. Ich erlebe im Ausland immer wieder, wie die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie als absolutes Erfolgsmodell wahrgenommen wird.

Wir können in der Schweiz beispielsweise selber bestimmen, wie hoch unsere Steuern sind, wie wir unsere Landschaft vor Überbauung oder heimische Arbeiter vor Lohndumping schützen wollen. Zentral für das Funktionieren unserer direkten Demokratie ist, dass Volkentscheide auch respektiert und umgesetzt werden. Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich der internationalen Verträge jedoch laufend aus. So setzen Politiker und Gerichte in letzter Zeit mit Verweis auf internationale Verträge Schweizer Volkentscheide nicht mehr oder nur teilweise um. Diese Tendenz führt zu Rechtsunsicherheit. Kein Wunder, gehen viele Stimmbürger nicht mehr an die Urne.

So können beispielsweise verurteilte Straftäter nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, weil sie sich auf internationales Recht berufen. Oder die eigenständige Steuerung der Zuwanderung wird – trotz Volkentscheid – mit Verweis auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht umgesetzt.

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft hier Klarheit und Rechtssicherheit. Demokratisches schweizerisches Verfassungsrecht ist in der Schweiz die oberste Rechtsquelle. Im Konfliktfall soll es gegenüber internationalem Recht Vorrang haben. Ausgenommen ist natürlich das zwingende Völkerrecht. Auch die Menschenrechte sind dadurch wie erwähnt nicht tangiert, da diese bereits in unserer Bundesverfassung festgeschrieben sind. Ein Ja für die direkte Demokratie und die Rechtssicherheit, für den Föderalismus und weniger Bürokratie. Wir wollen keine fremden Richter und keine Zentralisierung. Stehen wir für unser Erfolgsmodell Schweiz ein – auch in Zukunft.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Einladung an illegale Migranten

Nachdem die linke Ratsmehrheit bereits eine Motion zur Schaffung einer unentgeltlichen Gesundheitsversorgung für Menschen mit illegalem Aufenthaltsstatus (sogenannte Sans Papiers) an den Stadtrat überwiesen hat, wurde nun eine weitere Motion zu diesem Thema debattiert.



Dubravko Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich 01/02

Diesmal geht es um die Schaffung einer sogenannten Züri City Card. Diese neu zu schaffende Identitätskarte soll als Ausweisdokument allen Bewohnern der Stadt Zürich zustehen, ohne dass deren Aufenthaltsstatus genannt werden muss. Die Anwesenheit von Menschen, die in der Schweiz nach geltendem Recht nicht leben und arbeiten dürfen, soll damit quasi durch die Hintertür legalisiert werden.

Doch nicht nur das: Die Züri City Card soll nebst der Funktion als Ausweisdokument auch noch zum verbilligten Bezug städtischer Dienstleistungen (Kultur, Sport usw.) berechtigen.

Konkret bedeutet dies, dass Personen, die keine Steuern bezahlen und illegal in der Stadt Zürich arbeiten und leben, neben einer Gratis-Krankenkasse auch noch weitere Vergünstigungen erhalten sollen. Der Stadtrat lehnte die Entgegennahme als Motion ab, war jedoch bereit das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Ein Zeichen für den ungeheuerlichen Linksdrall der Stadtzürcher Exekutive. Die Ratslinken überboten sich mit schwulstigen Gutmenschen-Voten und lobten die Vorzüge der geforderten City Card.

Die Kriminalität würde sinken, die Vielfalt würde steigen, Honig und Milch würden fließen. Es ist ungeheuerlich, wie linke Kreise Menschen mit illegalem Aufenthaltsstatus zu Opfern stilisieren. Dabei sind sie keine Opfer, sie sind Täter, welche Gesetze bewusst missachten und sich unrechtmässig in der Schweiz aufhalten. Gemeinderat Samuel Balsiger stellte klar, dass diese

Personen den Staat betrügen, weil sie sich illegal hier aufhalten, keine Steuern bezahlen und von unserer Infrastruktur profitieren.

Schätzungen gehen von ungefähr 14 000 Sans Papiers in der Stadt Zürich aus. Ein Schelm, wer hier einen Grund für die Wohnungsknappeit und die ausufernden Sozialausgaben sieht. Es gilt eine einzige richtige Lösung für die Probleme mit den Sans Papiers: Konsequenz ausschaffen. Die Motion wurde mit Unterstützung von SP, Grünen, AL und unter Enthaltung der GLP dem Stadtrat überwiesen.

Der Durchmarsch der linksgrünen Ratsmehrheit in der aktuellen Legislatur bleibt abzuwarten, welche unmöglichen Anliegen noch durchgesetzt werden.

Demokratiopolitische Bedenken

Die SVP stellte zum Neubau des Alterszentrums und der Wohnsiedlung Eich-

rain einen Rückweisungsantrag. Die Stadt verbindet hier auf unzulässige Weise zwei unterschiedliche Vorlagen und verletzt das Prinzip der Einheit der Materie.

Gemeinderätin Susanne Brunner argumentierte richtig, dass der Stimmbürger das Recht haben muss, separat über das Alterszentrum und die Wohnsiedlung zu entscheiden. So kann es sein, dass man als Stimmbürger nur für den Neubau des Alterszentrums ist und die Wohnsiedlung ablehnt.

Wie soll der Stimmbürger diese differenzierte Meinung kundtun? Die Ratsmehrheit argumentierte mit der Begründung des Stadtrates, dass die Wohnsiedlung als «Lärmschutz» für die Alterssiedlung dient und somit beide Projekte voneinander abhängig sind.

Es ist offensichtlich, dass dieses Argument an den Haaren herbeigezogen ist. Für einen Lärmschutz braucht es keine Überbauung im Wert von über 60 Millionen Franken. Einzig die EVP unterstützte den Rückweisungsantrag, somit hat nun das Volk das letzte Wort zu dieser Vorlage.

SVP DER STADT ZÜRICH

Volkabstimmung vom 25. November 2018

Vorlage Stadt Zürich

- Gewährung von Bau-rechten für die Realisierung eines Fussballstadions, von gemeinnützigem Wohnungsbau und zwei Hochhäusern auf dem Areal Hardturm, Übertragung von zwei Grundstücken ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 50,15823 Millionen Franken und Einnahmeverzicht von jährlich 1,72666 Millionen Franken

JA

Selbstbestimmungsinitiative: Hochkarätige Podiumsdiskussion

Öffentliche Podiumsdiskussion mit Moderator Peter Hartmeier, Publizist

Kantonsratskandidat SVP **Valentin Landmann**

Ständerat Kanton Zürich SP **Daniel Jositsch**

Dienstag 06. November 2018 um 19.00 – 22.00 Uhr

Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, 8044 Zürich

19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Begrüssung durch Gemeinderat Urs Fehr, SVP Kreispartei Präsident Zürich 7+8 und kurze Information zum Fussballstadion
20.00 Uhr Podiumsdiskussion mit anschliessendem Apéro, offeriert von der Kreispartei SVP 7+8

Veranstalter: SVP Kreisparteien Zürich 7+8 und Gewerbeverein Zürich-Ost

Stimmen Sie am 25. November 2018 JA zur Selbstbestimmung

Unsere Mandatsträger aus dem Nationalrat, dem Kantonsrat und dem Gemeinderat sowie weitere Mitglieder der SVP stehen Ihnen zur direkten Demokratie und zur Selbstbestimmung Red und Antwort. Kommen Sie vorbei, wir freuen uns auf Ihre Bekanntschaft.

| Kreis/Quartier | Datum | Zeit | Standort | Anwesende Mandatsträger |
|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|---|
| 1 Zürich City | Fr 02. Nov. 2018 | 17.00 - 19.00 Uhr | Pestalozziewiese | NR Albert Röstli, NR Mauro Tuena, NR Hans-Ueli Vogt, KR Ueli Bamert |
| 4 Langstrasse | Sa 03. Nov. 2018 | 10.00 - 12.00 Uhr | Stauffacher | GR Stefan Urech |
| 6 Oberstrass | Sa 03. Nov. 2018 | 10.00 - 12.00 Uhr | Rigiplatz | GR Walter Anken |
| 7 Witikon | Sa 03. Nov. 2018 | 10.00 - 12.00 Uhr | Zentrum Witikon | GR Urs Fehr |
| 9 Altstetten | Sa 03. Nov. 2018 | 09.00 - 11.00 Uhr | Lindenplatz | KR Lorenz Habicher GR Samuel Balsiger |
| 10 Höngg | Sa 03. Nov. 2018 | 10.30 - 12.00 Uhr | Kappenhühlweg | NR Mauro Tuena |
| 11 Affoltern | Sa 03. Nov. 2018 | 09.00 - 12.00 Uhr | Zehntenhausplatz | GR Peter Schick, GR Martin Götzl |
| 12 Schwamendingen | Sa 03. Nov. 2018 | 09.00 - 12.00 Uhr | bei Migros | KR Hans-Ruedi Bär, KR Christian Mettler, GR Bernhard im Oberdorf, GR Heinz Schatt |
| 1 Zürich City | Di. 06. Nov. 2018 | 07.00 - 08.00 Uhr | Hauptbahnhof ZH | NR Mauro Tuena, NR Thomas Matter, KR Ueli Bamert |
| 9 Altstetten | Do 08. Nov. 2018 | 18.00 - 20.00 Uhr | Bhf. Altstetten | KR Lorenz Habicher, GR Roger Bartholdi, GR Rolf Müller |






Für eine sichere Zukunft in Freiheit

SVP der Stadt Zürich, 8050 Zürich

Telefon 044 310 81 19 • Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch • www.svp-stadt-zuerich.ch • Postkonto 80-21911-2



Ihr Immobilientraum?

| | | | |
|---|---|---|--|
|  | 5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus 8127 Forch-Küsnacht , R. Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis 2'395'200.- inkl. 2 PP, Bezug nach Vereinbarung www.ufdeforch.ch |  | 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser 8414 Buch am Irchel , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis ab 895'000.-, Bezug ab Herbst 2019 www.wilerbuch.ch |
|  | 1 ½ Zi. und 4 ½ Zimmer Mietwohnung 8708 Männedorf , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete ab 1'640.- p.Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb. www.loft-neugut.ch |  | 5 ½ Zi. Attika-Wohnung 8610 Uster , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Miete 4'350.- p.Mt., Kauf 1'980'000.- Bezug nach Vereinb. www.schwizerstrasse35.ch |
|  | 5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung 8708 Männedorf , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete 4'400.- p.Mt., Kauf 1'952'000.- Bezug nach Vereinb. www.lagovista.ch |  | 3 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus 8118 Pfaffhausen , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.luckenholz.ch |
|  | 4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH 8332 Rumlikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis ab 880'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.grueens-doerfli.ch |  | 3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung 8184 Bachenbülach , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Miete 2'600.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb. www.ridere-bachenbuelach.ch |
|  | 5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen 8135 Langnau a. Albis , M. Knecht Tel. 044 804 34 34 Preis 1'765'000.-, Bezug ab Herbst 2018 www.bellesterrasses.ch |  | 3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8953 Dietikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.duo-dietikon.ch |
|  | 4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung 8127 Forch-Maur , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis 1'278'600.-, Bezug nach Vereinbarung www.amena-forch.ch |  | 4 ½ Zi. Eigentumswohnung 8143 Stallikon , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung www.zuerikon.ch |
|  | 4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen 8302 Kloten , Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88 Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2019/20 www.panoramaweg-kloten.ch |  | 3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8404 Stadel/Winterthur , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.standort-soonbylepa.ch |
|  | 4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8484 Weisslingen , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.standort-soonbylepa.ch |  | 4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen 8103 Unterengstringen , R. Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.sparrenberg.ch |
|  | 3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8127 Aesch-Maur , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.standort-soonbylepa.ch |  | 2 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8493 Saland , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis ab 340'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.ammuelibach.ch |
|  | 5 ½ Zi. Einfamilienhaus 8476 Unterstammheim , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis 1'174'000.-, Bezug ab Herbst 2018 www.heerenweg.ch |  | 3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8545 Rickenbach , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage Standort: www.standort-soonbylepa.ch |
|  | 3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen 8615 Wermatswil , Désirée Keller Tel. 044 316 13 15 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.leuberg.ch |  | 4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8152 Glattbrugg , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.glattwies.ch |
|  | 4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenhäuser 8309 Birchwil , Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21 Preis ab 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2019/20 www.mira-birchwil.ch | <p>Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef  ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.</p> | |



YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand Oktober 2018

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

SVP

3x JA im strömenden Regen

svp. Bei strömendem Regen haben die beiden Kreisparteipräsidenten Johann Widmer, Kreis 10, Walter Anken, Kreis 6, und das Vorstandsmitglied Christian Nejjzen am Samstagmorgen am Schaffhauserplatz fleissig Flyer und Fahnen verteilt und das Gespräch mit den Passanten gesucht, um sie von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Selbstbestimmungsinitiative, des neuen Fussballstadions und der Sozialdetektive zu überzeugen. Obwohl es im Trockenen angenehmer gewesen wäre, sind doch einige Personen stehen geblieben, haben die Plakate studiert und mit uns ihnen Gespräch gesucht.



Standaktion am Schaffhauserplatz: Walter Anken und Johann Widmer trotzten dem Regen.



«Denn hier bestimmen wir!»

Kontradiktorische Podiumsveranstaltung
Mittwoch, 7. November 2018
Ort: Saal im Restaurant Hecht (1. Stock) Dübendorf, Bahnhofstrasse 28
Apéro: ab 19.00 Uhr Willkommens-Apéro
Podium: 19.30 Uhr
Moderation: Benjamin Rothschild
Chefredaktor Glattaler / stv. Chefredaktor ZO

Sie sind herzlich willkommen!
Eine öffentliche Veranstaltung der SVP & SP Dübendorf. svp-duebendorf.ch

Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter
(Selbstbestimmungsinitiative)

Pro: **Thomas Matter, SVP Nationalrat**
Christoph Mörgele, SVP alt Nationalrat

Contra: **Mattea Meyer, SP Nationalrätin**
Leandra Columberg, SP

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Raclette - Essen



Samstag, 17. November 2018, ab 19.00 Uhr (Apéro)

Im Schützenhaus Hagenbuch
(zwischen Oberschneit und Hagenbuch)

Das in den vergangenen Jahren in Pfungen durchgeführte Raclette-Essen findet diesmal in Hagenbuch statt

Nach dem Apéro, Referat von
SVP - Nationalrat Thomas Matter



über die Selbstbestimmungsinitiative

Kosten: Apéro, Raclette à discrétion und Dessert: CHF 30.00 (Getränke nicht inbegriffen)

Anmeldeschluss: Freitag, 9. November 2018

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und einen gemütlichen Abend!

SVP Hagenbuch - Schneit

Anmeldung: Mit Bekanntgabe der Anzahl Personen an:
Rolf Sturzenegger, Schulackerstr. 2a,
8523 Hagenbuch
079 201 53 58 // rolf.sturzenegger@win.ch



Podium

Selbstbestimmungsinitiative



Barbara Steinemann (NR SVP)



Martin Näf (NR SP)

Moderation:

Philipp Alex Gehrig (Jungfreisinnige, FDP Kloten)

Datum: 8. November 2018

Ort: Ref. Kirche Kloten, Grosse Saal
Kirchgasse 30,

Zeit: 19.30 Uhr

Ablauf: Türöffnung ab 19 Uhr
mit Apéro

strasse 45, Zollikerberg, SVP-Höck mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Russikon

Samstag, 10. November 2018, 10.00 Uhr, Abfahrt Gemeindehausplatz in Russikon mit dem Auto, Parteausflug ins Naturzentrum Thurauen und zur Festung Ebersberg. Weitere Informationen und Anmeldung bis 1. Oktober 2018 unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Volketswil

Samstag, 3. November 2018, ab ca. 11.00–20.00 Uhr, im Lokal der Kleintierfreunde Volketswil-Dübendorf, «Im Chapf», Kindhauserstrasse, Hegnau, Metzgete.

Bezirk Winterthur

Samstag, 17. November 2018, Apéro ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hagenbuch, Raclette-Essen mit Nationalrat Thomas Matter. Kosten: CHF 30 inkl. Apéro und Dessert (ohne Getränke). Anmeldung bis 9. November 2018 an rolf.sturzenegger@win.ch

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 13. November 2018, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, Uster, Vortrag durch alt Bundesrat Christoph Blocher: «100 Jahre Generalstreik. Ein Dank an Bevölkerung, Behörden und Soldaten». Anschliessend Apéro.

Dienstag, 20. November 2018, Bern, die «Schweizerzeit» im Gespräch mit ihren Lesern, Schweiz wohin? Infos folgen.

Freitag, 7. Dezember 2018, 19.30 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Schulhaus Gräwimatt, Schattdorf UR, Jubiläumfest «20 Jahre SVP Uri» mit Referaten von nationalen Politikern, musikalischer Unterhaltung, Nachtessen und Dessert. Anschliessend Barbetrieb.

Freitag, 20. September 2019, bis Sonntag, 22. September 2019, Hombrechtikon, SVP-Schiessen 2019 (Vorschiessen am Freitag, 13. September 2019). Infos folgen.

VERANSTALTUNGEN ZUR SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE

Bezirk Andelfingen/Andelfingen

Donnerstag, 8. November 2018, 18.00 Uhr, Pub A4 Träff, Schaffhauserstrasse 320, Adlikon, Referat zur Selbstbestimmungsinitiative von Valentin Landmann. Bier und Softgetränke frei.

SVP-KANTONSRAVSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion

Montag, 5. November 2018, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern

Montag, 19. November 2018, 19.30 Uhr, Kasino Affoltern am Albis, Streitgespräch Schweiz–EU wie weiter, mit alt Bundesrat Christoph Blocher und Roberto Balzaretti, Staatssekretär.

Bezirk Bülach

Freitag, 2. November 2018, Apéro ab 19.00 Uhr, Mehrzweckhalle Steinboden, Eglisau, Herbstfest, Auftakt ins Wahljahr 2019. Kosten: CHF 60 pro Person für Apéro, Nachtessen und Unterhaltung an der Abendkasse. Anmeldung noch möglich: info@matthias-hauser.ch.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli

Samstag, 3. November 2018, Apéro ab 19.00 Uhr, Restaurant Roter Apfel, Spitzstrasse 17, Niederhasli, Martinimahl mit Nationalrat Thomas Matter. CHF 45 für Fondue Chinoise à discrétion inkl. Dessert. Anmeldung an karinderr@bluewin.ch oder 079 547 82 48.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang

Samstag, 17. November 2018, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rüm-

lang, Politstamm mit Kantonsrat Konrad Langhart, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Dietikon/ Urdorf

Samstag, 3. November 2018, 09.00–12.00 Uhr, Im Zentrum Spitzacker, Urdorf, Standaktion.

Bezirk Hinwil

Samstag, 10. November 2018, 09.00–14.00 Uhr, Wässerstrasse 16, Hinwil, Martinitagung u.a. mit Bundesrat Ueli Maurer und Regierungsrat Ernst Stocker. Öffentliche Veranstaltung.

Bezirk Meilen

Samstag, 1. Dezember 2018, 18.30 Uhr, Festsaal Haus Wackerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, Adventsanlass mit Dr. Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident SwissLife und Adecco Group. Preis: CHF 70, wird vor Ort eingezogen. Anmeldung bis 23. November 2018 an domenik@schlattgut.ch oder 079 295 90 22.

Bezirk Meilen/ Stäfa

Donnerstag, 8. November 2018, bis Sonntag, 11. November 2018, Areal Sportanlage Froberg, Stäfa, die SVP Stäfa mit viel Polit-Prominenz an der EXPO 2018, Zelt 3 – Stand 24.

Bezirk Meilen/Zollikon

Montag, 12. November 2018, 18.00 Uhr, Restaurant «Sunnegarte-Kafi», Sonnengarten-

INSERAT



100 Jahre Generalstreik

Ein Dank an Bevölkerung,
Behörden und Soldaten

Vortrag von alt Bundesrat

Dr. Christoph Blocher

Dienstag, 13. November 2018, 20 Uhr (Türöffnung: 19 Uhr)

Stadthofsaal Uster (Theaterstr. 1, 8610 Uster)

Anschl. Apéro im Foyer – alle sind herzlich eingeladen!

www.100jahre-generalstreik.ch

Spendenkonto: 100 Jahre Generalstreik – IBAN: CH32 0070 0110 0072 6223 1



IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen
Volkspartei des Kantons Zürich.Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. Insertionspreise: www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: Zürcher Bauernverband, Marco Calzimaglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Layout: cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Bezirk Bülach/Bülach

Samstag, 3. November 2018, 10.00–14.00 Uhr, in der Nähe des Rathauses, Bülach, Standaktion zur Selbstbestimmungsinitiative.

Samstag, 10. November 2018, 10.00–14.00 Uhr, in der Nähe des Rathauses, Bülach, Standaktion zur Selbstbestimmungsinitiative.

Bezirk Bülach/Kloten

Donnerstag, 8. November 2018, 19.30 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), im Saal der reformierten Kirche, Kirchgasse 30, Kloten, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP) und Nationalrat Martin Naef (SP). Organisation: Jungfreisinnige Zürcher Unterland.

Bezirk Dietikon/Urdorf

Mittwoch, 14. November 2018, 14.45–16.30 Uhr, Kantonsschule Limmattal, In der Luberzen 34, Urdorf, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative u.a. mit Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP).

Bezirk Dietikon/Weiningen

Freitag, 2. November 2018, 20.00–22.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Restaurant Linde, Badenerstrasse 2, Weiningen, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrat Hans-Ueli Vogt (SVP) und Ständerat Ruedi Noser (FDP). Anschliessend Imbiss mit Umtrunk.

Bezirk Hinwil/Wetzikon

Dienstag, 6. November 2018, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Bahnhofstrasse 163, Wetzikon, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrat Claudio Zanetti (SVP), Gemeinderat Timotheus Bruderer (SVP), Gemeinderat Stefan Lenz (FDP) und Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP).

Bezirk Meilen/Küssnacht

Dienstag, 6. November 2018, 14.40–16.10 Uhr, Kantonsschule Küssnacht, Dorfstrasse 30, Küssnacht, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative u.a. mit Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP).

Bezirk Meilen/Meilen

Dienstag, 6. November 2018, 17.00–20.00 Uhr, Dorfplatz Meilen, Standaktion zur Selbstbestimmungsinitiative mit den Nationalräten Thomas Matter (SVP) und Hans-Ueli Vogt (SVP). Bratwürste und Cervelats werden offeriert.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Montag, 5. November 2018, 19.30 Uhr, Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31–33, Pfäffikon, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit den Nationalräten Hans-Ueli Vogt (SVP) und Fabian Molina (SP). Anschliessend Apéro.

Bezirk Uster

Dienstag, 6. November 2018, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Eventraum Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit den Nationalräten Gregor Rutz (SVP) und Thomas Hardegger (SP). Anschliessend Apéro.

Bezirk Uster/ Dübendorf

Mittwoch, 7. November 2018, 19.30 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 28, Dübendorf, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrat Thomas Matter (SVP), alt Nationalrat Christoph Mörgeli (SVP), Nationalrätin Mattea Meyer (SP) und Leandra Colemberg (SP).

Bezirk Winterthur/ Hagenbuch

Samstag, 17. November 2018, Apéro ab 19.00 Uhr, im Schützenhaus Hagenbuch, Raclette-Essen mit Referat über die Selbstbestimmungsinitiative von Nationalrat Thomas Matter. Kosten: CHF 30 für Apéro, Raclette à discrétion und Dessert (Getränke nicht inbegriffen). Anmeldung bis 9. November 2018 an rolf.sturzenegger@win.ch oder 079 201 53 58.

Junge SVP Kanton Zürich

Samstag, 17. November 2018, 10.00–12.00 Uhr, Stadtplatz, Kloten, Flyeraktion zur Selbstbestimmungsinitiative.

Junge SVP Kanton Zürich/ Oberland-See

Samstag, 3. November 2018, ab 10.30 Uhr, Pavillon Emdwis, Neuhoferstrasse 11–7, Lindau, Bruch zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrat Gregor Rutz (SVP) für Mitglieder der JSVP ZH. Unkostenbeitrag von CHF 10/Person. Platzzahl beschränkt. Anmeldungen an staubli@jsvp-zh.ch

Stadt Zürich

Dienstag, 13. November 2018, 10.15–11.45 Uhr, Allgemeine Berufsschule Zürich, Ausstellungsstrasse 44, Zürich, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative u.a. mit Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP).

Dienstag, 13. November 2018, 12.30–13.45 Uhr, Liceo Artistico, Parkring 30, Zürich, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative u. a. mit Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP).

Stadt Zürich/ Kreis 7 und 8

Dienstag, 6. November 2018, 19.00–22.00 Uhr, Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, Zürich, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Valentin Landmann (SVP) und Ständerat Daniel Jositsch (SP). Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 10

Samstag, 3. November 2018, 10.30–12.00 Uhr, Kappenhühl, Zürich, Standaktion zur Selbstbestimmungsinitiative.

Samstag, 17. November 2018, 10.30–12.00 Uhr, Kappenhühl, Zürich, Standaktion zur Selbstbestimmungsinitiative.

Kanton Schwyz

Freitag, 2. November 2018, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), im Monséjour, Küssnacht am Rigi, Podium zur Selbstbestimmungsinitiative mit Nationalrat Roger Köppl (SVP), Ständerat Peter Föhn (SVP), Kantonsrätin Marlene Müller (FDP) und Nationalrat Fabian Molina (SP).

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN 2019

Samstag, 10. November 2018, 08.30–11.45 Uhr (ab 08.00 Uhr Kaffee und Gipfeli), Restaurant zum Doktorhaus, Wallisellen, Kandidatentagung Kantonsratswahlen 2019. Anmeldung an sekretariat@svp-zuerich.ch.Samstag, 15. Dezember 2018, 09.00–12.00 Uhr (ab 08.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), Restaurant Rössli, Illnau, Programmtagung für Kandidaten, Sektionspräsidenten, Bezirksparteipräsidenten und Wahlkommissionen. Anmeldung an sekretariat@svp-zuerich.ch.